

Halleische Zeitung

vorm. im G. Schwesfche'schen Verlage. (Halleischer Courier.)

N 116.

Verlag der Actien-Gesellschaft Halleische Zeitung.

Halle, Mittwoch, 19. Mai.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhard.

1886.

Zes Vorktages wegen erscheint die nächste Nummer der Halleischen Zeitung am Donnerstag Mittag. Die Expedition.

Ueber die Verordnung des preussischen Staatsministeriums vom 11. d. M.

hinsichtlich der Beschränkung des Vertriebsrechts für Berlin und Umgegend kann sich die „freireichliche“ Presse noch immer nicht beruhigen. Es kommt ihr offenbar mehr darauf an, einige abstracte Paragraphen gerettet, als Unheil verhütet zu sehen. Wie es auch bei uns geschehen kann, wenn nicht rechtzeitig vorzubegehende Maßregeln getroffen werden. In dem vorliegenden Falle hat die Regierung ohne Zweifel guten Grund, anzunehmen, daß die sich nach der frischen Erfahrung anderer Länder ganz gewiß nicht als unbedenklich bezeichnen lassen. Wenn diese Absicht mit Erfolg durchzusetzen werden soll, kann es nicht darüber gehen, daß man ängstliche Scheu empfindet, die augenblickliche Unzufriedenheit einiger Leute zu erregen, sondern nur so, daß diese Leute den Eindruck erhalten: die Regierung hat die Kraft und den Willen, jede ungesetzliche Ausbreitung rücksichtslos niederzuwerfen. Diese Ueberzeugung steht den Plänen der Unzufriedenen mehr im Wege, als irgend etwas Andres. Daran prallen ihre häßlichen Nebenansätze ab. Deshalb sollte jede Partei, die nicht will, daß auch wir burdumaden, was Belgien, Frankreich, Italien und vor allen Nord-Amerika soeben durchgemacht, der Regierung fest zur Seite stehen und sich nicht in Phrasen betraufen, für die die Gegenwart mit ihrem harten Ernste keinen Boden mehr bietet.

Auch in der nationalliberalen Presse zeigt sich in der Beurtheilung des Ministerial-Erlasses ein ziemlich auffallender und kaum erwarteter Zwiespalt. So tritt, wie bereits erwähnt, der „Hann. Cour.“ in seinen eigenen redactionellen Aeußerungen mit voller Entschiedenheit für diesen Beschluß ein. Das gesamte nationalliberale Blatt, von dem man annimmt, daß es Fühlung mit Herrn v. Bennigsen unterhält, erklärt wiederholt, daß „in dieser Zeit des dumpfen Tollens, wo jeden Augenblick sich ein Vulkan öffnen kann, eine ihrer Aufgabe ist, demüthete Regierung nicht zeitig genug geeignete Vorkehrungen treffen kann“, und fertigt die Ansicht linksliberaler Blätter, daß für eine solche Verordnung doch erst „nach dem Hervortreten einer direkten Gefahr“ Veranlassung vorgelegen hätte, mit der Bemerkung ab, daß sich darin eben der Staatsmann von dem politischen Kammegänger unterscheidet, daß er die Gefahr bei Zeiten wahrnimmt und ihr vorbeugt, und nicht erst abwartet, bis das Unheil hereinbrochen ist.“ In ähnlicher Weise wird der „Hann. Cour.“ in seinen eigenen Bemerkungen den Motiven der Verfassung voll gerecht, indem er u. a. auch zutreffend hervorhebt, daß selbst eine Prüfung der für die Regierung maßgebenden Gründe im Reichstag sich der Regierung auflegen müßte, da man nicht willkürlich Gefahr laufen würde, die Exe cutive direkt lahmzulegen, wollte man sie zwingen, das ihr zu Gebote stehende Material ohne weiteres der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Dagegen nimmt das offiziöse nationalliberale Parteiorgan, die „Nat.-Lib. Corr.“, in ziemlich unumwundener Weise gegen die Verfassung Stellung, und das selbe kritische Colorit tragen sowohl die Auslassungen der „Allg. Ztg.“, wie fast sämtliche den Gegenstand behandelnde Correspondenzen aus Berlin in der mittheilungsfähigen Presse, dem „Hann. Cour.“, dem „Hamb. Cour.“ und der „Schles. Ztg.“ In diesen Correspondenzen, welche die „Frankf. Ztg.“ wohl im Auge hat, wenn sie von den „ersten Bedenken“ spricht, die man selbst zwischen den Zeilen der conservativen Blätter lesen könnte, begegnet uns überall der in Berlin angeblich umwaltende „Eindruck der übertriebenen Vorsorge, die aus dem Verhalten der dortigen Abtheilung nicht zu rechtfertigen wäre“, und die „Allg. Ztg.“ schreibt: „Man empfindet es, daß hier zum ersten Mal eine Anwendung von dem Socialistenengeß gemacht ist, an die bis jetzt nicht gedacht worden war, da die Maßregel nicht nur die Socialdemokraten, sondern alle übrigen Parteien trifft. Eingeweihte wollen nun heute bezeichnend bemerken, die Lohnbewegung könnte allgemeine Vertheilungseinrichtungen (Eisenbahnen) gefährden, und deshalb sei die Verordnung notwendig gewesen. Es ist zweifellos, daß in den Parlamenten diese Verordnung Gegenstand einer Anfrage werden wird.“ u. s. w. — Wollens in der „Nat.-Lib. Corr.“ aber und in einer nach demselben Muster gearbeiteten Berliner Aufschrift des „Hann. Cour.“ ist ausschließlich von „großen Bedenken“ die Rede, wobei es noch besonders befremdet, daß gerade der Gesichtspunkt der Beurtheilung in der Vorrede gerichtet wird, daß „das Socialistenengeß auf diese Weise leicht zum letzten Male bewilligt sein könnte.“ Das Socialistenengeß ist doch hienächst auch von den Nationalliberalen nicht bloß als Antrappe bewilligt worden, sondern um mit einem der Sachlage entsprechenden Ernst angewandt zu werden; aber wir können nicht leugnen, daß diese beständigen Seitenblicke auf „tathliche“ und ähnliche Momente, die mit der Sache selbst nichts zu thun haben, oder vollends auf die Frage, wie viel „Stoff man den radikalen Parteien zu neuem Gespöche über die reactionären Bestrebungen der Regierung giebt“, auf uns einen äußerst wenig imponirenden Eindruck machen. Wir wollen uns doch endlich gewöhnen, einfach das zu thun, was wir für recht halten,

und können übereinstimmend sein, daß wir auf diesem Wege auch mit allem bloßen Geschrei und mit hölzernen Verdächtigungen am besten zu Rande kommen werden!

Ueber die Gründe, welche für den Erlass der Verordnung maßgebend gewesen sind, finden wir in einer anscheinend halbhoftönligen Correspondenz folgende beachtenswerthe Anhaltspunkte:

„In der Regierung nabeheliebenden Kreisen weist man darauf hin, daß die Pläne des in Triestenen Kohnsampe für welche die Directoren des voridemokratischen Centralstellen ausgegeben wird, einen besondern Schutz nöthig machen, und daß die über die ursprüngliche Absicht der Gesetzgebung hinaus entwickelte „Coalitions“-Freiheit die Anwendung aller gesetzlichen Mittel gebiete, um blutige Revolten und die Steigerung des Hasses der Arbeiter gegen die bestehende Ordnung zu verhindern. Welche Wirkung diese Ereignisse haben wird, wollen wir nicht erörtern; allerdings aber läßt sich nicht leugnen, daß Wahrscheinungen vorliegen, aus denen hervorgeht, daß Straßes nicht immer aus den britischen Verhältnissen und Beschaffenheiten heraus zu vermeiden, sondern oft von außen her nach einem besonderen Plane ihre Anregung erhalten. Auch will man die bei Vorkommen meist mittheilbaren Vorkommnisse auf Verleitung der Arbeiter zu Arbeit und auf Anreizung der Schwärmer als die einzig legitime Vertretung der Arbeiter nicht sowohl als spontane Vorkommnisse der Arbeiter, denn als Zeichen rein sozialdemokratischer Agitation und Verwilderung gelten lassen.“

Als sonstigen offiziellen Aeußerungen folgt übrigens hervor, daß dieser Maßregel noch andere folgen dürften.

Alles in Allem genommen wäre es sicherlich in hohem Grade wünschenswert, wenn wir nicht auch wieder auf diesem Gebiet einer Spitz- und entgegenstehenden, in welcher der „Hamb. Cour.“ sagt, das „entschiedenste und feste Zusammenhalten der nationalen und sozialconservativen Parteien“ in derselben Weise, wie bei der kirchenpolitischen Vorlage, von den Nationalliberalen aufgegeben wird.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich.

Von Montag an hat wieder das Nebeneinandergehen von Reichstag und Abgeordnetenhause begonnen, und es ist noch nicht abzusehen, wann die beiden Parlamente mit ihren Arbeiten zu Ende kommen können. Wahrscheinlich wird es bei beiden erst nach Pfingsten der Fall sein. Es merkt man in diesem Jahr an die parlamentarische Arbeitskraft, wenn wir nicht auch wieder auf diesem Gebiet einer Spitz- und entgegenstehenden, in welcher der „Hamb. Cour.“ sagt, das „entschiedenste und feste Zusammenhalten der nationalen und sozialconservativen Parteien“ in derselben Weise, wie bei der kirchenpolitischen Vorlage, von den Nationalliberalen aufgegeben wird.

Da der neuen Brauntinkturen-Vorlage die Motive noch nicht beigegeben sind, so hält der nicht grundsätzlich opponierende Theil — auch der liberalen — Presse noch mit jenem Urtheil über bestimmte Einzelheiten zurück; ganz besonders ist die Zurückhaltung die Centrumspreßre gegen Partei zweifellos den Ausschlag bei der Entscheidung geben wird. Immerhin ist es bemerkenswerthe genug, daß von den oppositionellen Rundgeboten, welche sonst aus diesen Kreisen sofort laut zu werden pflegten, bis jetzt nichts zu merken ist.

Das königliche Staatsministerium hielt Sonntag Nachmittags eine Sitzung ab. Diefelbe hatte eine mehr als dreißtstündige Dauer.

Das „Börsen Tagblatt“ meldet: Die Besetzung vakanter Pfarrstellen in der Börsener Erzdiözese wird demnächst erwartet. Die Ankunft des Erzbischofs Diner wird wahrscheinlich erst im Herbst stattfinden, da Diner nach seiner Rückkehr von Rom zunächst in Karlsbad eine mehrtägliche Kur gebrauchen wird. Die Vermögensverwaltung der Diözese geht in der nächsten Zeit auf das Generalvicariat über.

Der bereits kurz gemeldete auf Grund des Colonisationsgesetzes erfolgte Ankauf des Gutes Komorowo in dem überwiegend polnischen Kreise Gnesen erregt bei der polnischen Bevölkerung großes und natürlich nicht eben angenehmes Aufsehen. Der Preis des angekauften

Gutes (165 000 A) soll, der „Bromb. Ztg.“ zufolge, ein dem Verhältnissen entsprechender sein. Das Land soll aus gutem Wildobst bestehen, auch sei das Weizen.hältniß sehr günstig, dagegen seien die Dominal-Gebäude sehr schlecht. Das Gut befand sich bisher in polnischen Händen, auch der letzte Besitzer war ein Pole (polnischer Deutscher dem Namen nach). Die umwohnenden Dorf-bewohner sind ebenfalls Deutsche und werden sich wohl dort antaunen. Es ist bereits in Aussicht genommen, dort eine deutsche evangelische Schule ins Leben zu rufen.

Der „Kur. post.“ giebt seinen ersten Befürchtungen offenen Ausdruck, indem er namentlich die wahlpolitische Seite des Ereignisses im Auge faßt:

„Der Gnesener Kreis sollte eigentlich eine der meist exponirten und gefährdeten Positionen des Polentums der. Schon die letzten Landtagswahlen hätten in Folge der überaus rührigen deutschen Agitationen einen Verlust von etwa 60 politischen Stimmen aufgewiesen (von 606 Wählern, 358 Polen und 248 Deutsche gegen 121 Polen und 162 Deutsche im Jahre 1862). Dabai betriebe sich im Gnesener Kreise ein sehr überausender Theil des Grundbesitzes in polnischem Besitz; der Wahlkreis Gnesen-Wagrowitz ist in seiner Bevölkerung zu 70 Prozent polnisch und demnach machte die Germanisation in diesem Wahlkreise so rasche Fortschritte, was man sich erst denken, wenn die Regierung die Germanisation mit einem in gewöhnlichen Maaße, wie die Kolonisation, zu fördern und zu pflegen anfangen werde? Mit welchem Blick das Volk der Eventualität entgegen, den Gnesener Kreis, wenn in die polnische Sage verwehden, anmuthigen Grieden, im Sommer des 30. Mai eines weichen Adlers gefunden haben soll“, durch einen deutschen Abgeordneten vertreten zu sehen. Es ist dieser Erfolg keineswegs ausgeschlossen, wenn die Erwerbung des polnischen Besitzthums durch die Regierung zu Kolonisationszwecken einen weiteren Fortgang nehme.“

Ein Staatsvertrag zwischen Preußen und Bremen ist dem Landtag vorgelegt worden. Durch denselben werden die Bestimmungen des Staatsvertrags von 1876 über die gemeinschaftliche Unterhaltung der Schiffahrtstrassen auf der Unterweser auf die in diesem Vertrag bisher nicht einbezogene Weser-Ärme von Bremen abwärts bis Vegesack ausgedehnt.

Belgien.

Die am Sonntag in Brüssel abgehaltene Socialdemokraten-Verammlung, welche von etwa 300 Theilnehmern besucht war, ist der „Allg. Ztg.“ zufolge ruhig verlaufen. Es wurden die üblichen Beschlüsse gefaßt, und man dieses zu erzwingen, sollte die Arbeiterpartei eine Kundgebung in Brüssel veranstalten. Ueber eine zweite Verammlung in Saturday bei Mons, wo Deutscher reden sollte, liegen bis jetzt keine Nachrichten vor.

Die griechische Verwicklung löst sich allmählich in friedlicher Weise auf. Am 19. d. tritt die Deputirtenkammer zusammen, um ihr letztes Wort in der Abrüstungsfrage zu sprechen.

Das Ministerium Valvis scheint übrigens mit Zuversicht der Zustimmung der Kammer zu den Abrüstungsplänen entgegenzusehen, da es schon jetzt einzelne Verfügungen trifft, welche im Sinne der Abrüstung wirken. Von dem jüngst aus Athen nach der Grenze abgegangenen Regiment ist ein Bataillon nach Athen zurückbeordert worden, die beiden anderen Bataillone bleiben in Theben. Im Uebrigen ist die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß die Griechen gleich nach Aufhebung der Blokade das alte Spiel von neuem anfangen. Es ist deshalb auch schon an die Entsendung einer internationalen Ueberwachungskommission von militärischen Sachverständigen gedacht worden und wir glauben in der That, daß sich diese Maßregel auf die Länge kaum umgehen lassen wird.

Der russische Gesandte, Baron v. Wikow, ist mittlerweile wieder nach Athen zurückgekehrt, was einiges Befremden erregt, da die anderen Vertreter noch fern von Athen weilen; von officiösen Stimmen wird berichtet, daß diese keine Abänderung von dem europäischen Concert bedeute. In Athen wird man es aber als solche auslegen, und deshalb ist die Rückkehr nicht zu billigen, zumal für sie keine Nothwendigkeit vorlag. Kaßlad will, wie es scheint, aber auch hier den Frieden wieder zeigen, daß es nur so thut, als ob es ihnen drohe.

Die Blokade der griechischen Häfen wird so streng gehandhabt, daß nicht einmal die nach Athen reisenden Abgeordneten von den Inseln auf griechischen Schiffen nach der Hauptstadt diesem Zweck gemieteten englischen Dampfer dorthin gebracht werden können. Wie der „Bot. Cour.“ aus Athen gemeldet wird, ist es nun der Befehlung des Commandeurs der griechische Küste während des Sturmes vom 7. Mai neun Barken und kleinen Segelschiffen gelungen, aus dem Hafen von Piräus nach Negina, Boros und den Inseln zu entkommen. — Unmittelbar nach der Anfindung der Blokade trafen 4 türkische Kriegsschiffe an der Mündung des Burens in Nydhan ein und nahmen daselbst Sondirungen vor.

Demüthigte Nachrichten.

Berlin, den 17. Mai.

Der Herrg Graf von Mtenburg ist zur Feier seines 25jährigen Jubiläums als Chef des 2. Schlesischen Jägerbataillons Nr. 6 in dessen Garnison Delz am Sonntag Abend 7 Uhr eingetroffen. Der hohe Gast wurde von dem Commandeur des 2. Schlesischen Dragonerregiments Nr. 8 Oberst von Schmeling, dem Commandeur des Jägerbataillons, Oberlieutenant Kirchhof, dem Landrath v.





